

## „Zukunft der Europäischen Finanzen“

Berlin, 15. Dezember 2017

„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen!

„Und jetzt, Europa? Wir müssen reden!“ Das ist der sehr passende Titel der bundesweiten Bürgerdialoge zur Zukunft der EU. Wir sind aufgefordert, die Ausrichtung Europas zu diskutieren und uns den Herausforderungen zu stellen.

Ich bin der Überzeugung: Wir brauchen nicht weniger Europa. Wir brauchen mehr Europa. Wir brauchen vor allem ein besseres Europa. Gelingen wird uns das nur, wenn die Bürgerinnen und Bürger das auch wollen. Das Bewusstsein für europäische Werte und der Wunsch nach Zusammenhalt sind gestiegen. Aber weiterhin stehen die Bürgerinnen und Bürger den Institutionen der Europäischen Union skeptisch gegenüber. Wie wichtig ein starkes Europa und gemeinsame Antworten sind, zeigen die aktuellen Herausforderungen, die, wie die terroristische Gefahr oder der Klimawandel, eben nicht an den Grenzen der Mitgliedstaaten enden. Ein Alleingang führt gerade nicht zum Erfolg.

Der Nutzen Europas hat konkrete Auswirkungen auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger. Diesen Mehrwert müssen wir noch deutlicher herausstellen. Deshalb müssen wir uns auf die Themen konzentrieren, die den Menschen unter den Nägeln brennen. Dazu gehören: eine Einigung auf die Regelung zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem und der legalen Migration, damit denen, die Schutz brauchen, europaweit geholfen werden kann; die Sicherung unserer Außengrenzen – hier sind wir übrigens schon ein gutes Stück vorangekommen –; der Schutz der Bürgerrechte in Zeiten der technisch möglichen Totalüberwachung; der Umgang mit den globalen Wertschöpfungsketten und der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse; last, but not least der Schutz unserer Sozialsysteme angesichts des digitalen Wandels der Volkswirtschaften.

Wir brauchen ein Europa der Bürgerinnen und Bürger, ein Europa, das schützt, ein soziales Europa, ein demokratisches Europa. Die Diskussion über die Neuausrichtung der Europäischen Union wird bereits seit einiger Zeit intensiv geführt und wurde von der Kommission im März mit ihrem Weißbuch zur Zukunft der EU eröffnet. Dort sind die bekannten fünf Szenarien beschrieben, die Europa verändern können. Auf dieser Grundlage hat die Europäische Kommission im laufenden Jahr fünf Reflexionspapiere vorgelegt, die Sie alle kennen. Sie enthalten wichtige Aspekte der Zukunftsdebatte. Auch wir haben uns im Kreise der Europaministerinnen und Europaminister sehr intensiv mit den Vorlagen zur Zukunft der Europäischen Union auseinandergesetzt.

Wir stehen vor großen Herausforderungen und wissen, dass wir die Zukunft Europas selbst in der Hand haben. Deshalb liegen einige Vorschläge, wie wir die Zukunft gestalten können, bereits auf dem Tisch: Der französische Präsident Macron wirbt für ein gemeinsames Eurozonen-Budget und einen EU-Finanzminister. Auch die Vereinigten Staaten von Europa sind wieder genannt worden. Was genau davon wirklich hilfreich und notwendig ist, müssen wir intensiv miteinander diskutieren. Deutschland muss sich hierzu eine Meinung bilden. Insofern wird der Bundesrat heute mit seiner Stellungnahme zu dieser Debatte beitragen.

Ich freue mich über einige klare, unmissverständliche Aussagen: Wir alle unterstützen das Anliegen, eine geeinte, stärkere und demokratischere Europäische Union zu schaffen, ein Europa, das sich gegenüber künftigen Herausforderungen handlungsfähig zeigt. Und wir alle stellen uns hinter das Ziel einer gerechteren Verteilung der Globalisierungschancen innerhalb der EU und weltweit. Wir sind uns darin einig, dass wir internationale Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsektors, zur Korruptionsbekämpfung, zur Bekämpfung von Steuervermeidung, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur Erreichung gemeinsamer Umwelt- und Klimaschutzziele wollen.

Im Bundesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir uns natürlich weiter mit diesen Themen befassen, insbesondere mit einem: Wie soll die Europäische Union künftig finanziert, wie sollen die knappen Mittel verteilt werden, wenn doch die Aufgaben zunehmen, aber mit dem Brexit zugleich ein starker Finanzpartner ausfällt? Wir werden die für Mai 2018 angekündigten Vorschläge zum neuen Mehrjährigen Finanzrahmen nach 2020 zu prüfen haben und eine Länderposition dazu vereinbaren.

In der Stellungnahme, die wir heute annehmen, ist bereits ausführlich die Kohäsionspolitik diskutiert. Sie verkörpert die Solidarität zwischen den europäischen Regionen. Sie soll helfen, Unterschiede einzuebrennen. Sie ist aber – das war uns wichtig zu betonen – nicht nur in den schwächeren Regionen nötig, sondern trägt überall dazu bei, den Mehrwert Europas vor Ort erfahrbar zu machen. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass die Mittel gesichert bleiben. Ein Punkt unserer Stellungnahme liegt mir besonders am Herzen: Das ist das soziale Europa. Für ein starkes Europa braucht es neben der wirtschaftlichen Einheit einen sozialen Raum gemeinsamen Wohlstands. Wir müssen dem sozialen Europa einen höheren Stellenwert geben.

Die Europäische Kommission hat mit der Vorlage der „Säule sozialer Rechte“ einen ersten Grundstein dafür gelegt, wie dies aussehen könnte. Es geht dabei nicht darum, die Kompetenzen der Mitgliedstaaten in Frage zu stellen, sondern die Harmonisierung der nationalen Regeln voranzubringen und für ein sozialeres Europa zu sorgen. Ziele müssen gerechtere Arbeitsbedingungen und ein besserer Arbeitsschutz sein, insgesamt eine soziale Aufwärtskonvergenz überall in Europa. Die Arbeitswelt verändert sich in sehr schnellen Schritten. Die Digitalisierung erfordert es, dass wir hier nachjustieren. Die Zahl der Selbstständigen, die als „moderne Tagelöhner“ – ohne Tariflohn, ohne soziale Absicherung, ohne betriebliche Mitbestimmung – ihren Lebensunterhalt verdienen, hat deutlich zugenommen. Wir müssen uns daher damit beschäftigen, welche Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht in der digitalisierten Arbeitswelt nötig sind, um gesunde Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und soziale Absicherung zu ermöglichen. Unser langfristiges Ziel ist die Harmonisierung der Mitgliedstaaten im sozialen Bereich, damit ein einheitliches Schutzniveau in Europa gewährleistet werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt noch weitere Ideen und Visionen, die die Öffentlichkeit mit Blick auf die Zukunft Europas diskutiert: Es steht außer Frage, dass für die Menschen in den schwächeren Euro-Staaten das Bild der Europäischen Union entscheidend davon abhängt, ob Europa solidarisch ist. Wir brauchen mehr Investitionen und Solidarität mit den schwächeren Euro-Staaten. Dazu gehören Investitionen in die Zukunftsmärkte unserer Unternehmen, Investitionen in eine Partnerschaft, die uns Sicherheit bietet. Deutschland selbst hat übrigens zwischen 2000 und 2006 die Solidarität der anderen EU-Staaten erfahren: Rund 29 Milliarden Euro erhielten wir aus den EU-Strukturfonds vor allem für die neuen Bundesländer.

Für alle politischen Ideen und gemeinsamen Antworten, die wir diskutieren, gibt es am Ende einen Gradmesser, und das sind die Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2019. Welche Ideen und Vorstellungen sich durchsetzen, entscheiden die Bürgerinnen und Bürger. Wichtig ist, dass wir frühzeitig in den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern eintreten, um europafeindlichem Populismus keine Chance zu geben. Der Ausschuss der Regionen hat gemeinsam mit dem Europäischen Parlament eine Kommunikationsinitiative mit dem Titel „Going local“ gestartet. Es freut mich sehr, dass die beiden Gremien schon frühzeitig ihre Ressourcen bündeln und eine gemeinsame Strategie auf den Weg bringen.

Um die beschriebenen Herausforderungen zu bewältigen, brauchen wir klare Regeln und vor allem den Mut, weitere Schritte auf diesem Weg zu gehen. Verbessern wir gemeinsam Europa! Alle Alternativen wären schlechter. – Vielen Dank.“